Entwurf einer Klageerwiderung zum Fall „Solarenergie“

Rechtsanwältin Dr. Rita Rogge
Neuer Wall 10
20354 Hamburg

Hamburg, den 16. Februar 2021

An das
Landgericht Hamburg
Sievekingplatz 1
20355 Hamburg

Verteidigungsanzeige und Klageerwiderung

337 O 33/21

In dem Rechtsstreit

Hanseatische Ökobau AG, vertreten durch den Vorstand Karl Karstens, Überseering 33,
22297 Hamburg

- Klägerin/Widerbeklagte -

Prozessbevollmächtigte: (...)

gegen

Bastian Solaranlagen GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Dr. Barbara Bastian,
Schnackenburgallee 100, 22525 Hamburg

- Beklagte/Widerklägerin -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Rita Rogge, Neuer Wall 10, 20354 Hamburg

legitimiere ich mich zur Prozessbevollmächtigten der Beklagten.

Die Beklagte wird sich gegen die Klage verteidigen.

In der mündlichen Verhandlung werde ich beantragen,
die Klage abzuweisen.

Gleichzeitig erhebe ich Widerklage mit dem Antrag,

die Klägerin zu verurteilen, an die Beklagte 20.000,00 Euro zuzüglich Zinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 14. Oktober 2019 zu zahlen,

und hilfsweise Widerklage mit dem Antrag,

die Klägerin zu verurteilen, weitere 30.000,00 Euro zuzüglich Zinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 14. Oktober 2019 an die Beklagte zu zahlen.

Ich beantrage zudem,

den Rechtsstreit an die Kammer für Handelssachen zu verweisen.

Außerdem verkünde ich hiermit der

Sonnenenergie GmbH, Geschäftsführerin Daniela Dietze, Beimoorweg 12, 22926 Ahrensburg,

den Streit, mit der Aufforderung, dem Rechtsstreit auf Seiten der Beklagten beizutreten.

Ich bitte deshalb um Zustellung dieses Schriftsatzes auch an die Streitverkündete. Weitere Ausführungen zur Streitverkündung folgen am Ende dieses Schriftsatzes.

Zur Begründung der Anträge führe ich Folgendes aus:

I.

Die Sache soll vor der Kammer für Handelssachen verhandelt werden. Es handelt sich um eine Handelssache nach § 95 Abs. 1 Nr. 1 GVG. Das streitgegenständliche Geschäft ist für die Parteien, die Formkaufleute sind, ein Handelsgeschäft.

II.

Die Klage ist unbegründet.

1. Ein möglicher Anspruch der Klägerin aus §§ 280 Abs. 1 Satz 1, 437 Nr. 3 BGB wäre gemäß § 214 Abs. 1 BGB nicht durchsetzbar. Insoweit erhebt die Beklagte die

Einrede der Verjährung.

Der Anspruch ist mit der Ablieferung der Photovoltaikanlage, in der die fehlerhaften Solarmodule verbaut sind, am 31. Januar 2019 entstanden. Die zweijährige Verjährungsfrist ist abgelaufen und konnte durch die Zustellung der Klage an die Beklagte am 8. Februar 2021 nicht mehr gehemmt werden. Eine Rückwirkung auf den 21. Januar 2021 kommt nicht in Betracht.

Im Einzelnen:

a) Auf den Anspruch der Klägerin ist § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB anzuwenden.

Der streitgegenständliche Anspruch resultiert aus einem Kaufvertrag. (...)

Die Verjährungsfrist richtet sich nicht nach § 438 Abs. 1 Nr. 2b BGB. (...)

b) Die Klägerin hat den Ablauf der Verjährung nicht mit der Einreichung der Klage am 20. Januar 2021 gehemmt. Eine solche Rückwirkung scheidet aus, denn die Klage wurde nicht demnächst zugestellt. (...)

2. Der Anspruch wäre auch nur in Höhe von 20.000,00 Euro entstanden. Einen höheren Schaden bestreitet die Beklagte mit Nichtwissen. Im Übrigen ergibt sich dies aus einem Gutachten des Sachverständigen Weise, das die Beklagte vorprozessual eingeholt hat und als Anlage B 1 vorlegt.

Gegenbeweis: Vernehmung des Herrn Walter Weise
(ladungsfähige Anschrift wird nachgereicht)
Sachverständigengutachten

3. a) Für den Fall, dass das Gericht den Anspruch der Klägerin nicht für verjährt hält, erklärt die Beklagte die

Aufrechnung

mit einer Gegenforderung in Höhe von 70.000,00 Euro für eine Lieferung am 13. September 2017. Die Rechnung ist der Klägerin am 15. September 2017 zugegangen.

Beweis: Rechnung vom 13. September 2017 (Anlage B 2)

Dass die Forderung seit dem 31. Dezember 2020 verjährt ist, hindert die Aufrechnung nicht, denn bei Entstehung des klägerischen Anspruchs spätestens im November 2020 war die Verjährung noch nicht eingetreten (§ 215 BGB).

b) Sollte das Gericht darüber hinaus der Klägerin einen höheren Anspruch als 70.000,00 Euro zuerkennen wollen, erklärt die Beklagte für diesen Fall in Höhe von 30.000,00 Euro ebenfalls die

Aufrechnung,

und zwar mit dem erstrangigen Teil einer Forderung über insgesamt 50.000,00 Euro für eine Lieferung am 12. September 2019. Die Rechnung ist der Klägerin am 13. September 2019 zugegangen.

Beweis: Rechnung vom 13. September 2019 (Anlage B 3)

III.

Der unbedingt erhobenen Widerklage liegt die Restforderung vom 12. September 2019 über 20.000,00 Euro zugrunde. Die hilfsweise zur Aufrechnung gestellten 30.000,00 Euro dieser Forderung begründen die Hilfswiderklage, die unter der Bedingung steht, dass es für die Entscheidung des Gerichts auf die Hilfsaufrechnung nicht ankommt.

Der Zinsanspruch folgt aus §§ 280 Abs. 2, 286 Abs. 3, 288 Abs. 2 BGB. Die Klägerin befindet sich mit der Zahlung seit dem 14. Oktober 2019 in Verzug, nachdem ihr die Rechnung am 13. September 2019 zugegangen war.

IV.

Die Streitverkündung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Beklagte im Falle ihrer Verurteilung einen Regressanspruch aus §§ 281 Abs. 1 Satz 1, 437 Nr. 3 BGB gegen die Streitverkündete hat. Die Streitverkündete hat die fehlerhaften Solarmodule geliefert.

Zum Stand des Verfahrens ist anzumerken, dass das Gericht das schriftliche Vorverfahren angeordnet hatte. Ein Verhandlungstermin wurde noch nicht anberaumt.